



Foto: 123rf/Liv Friis-larsen



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 16. März 2016

71. Jahrgang/Nr. 64

Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Chance für Syrien

Klaus Joachim Herrmann über den russischen Teiltrückzug

Bis zum Abflug des ersten russischen Kampfjets aus Syrien vergingen nur wenige Stunden. Mit dem Teiltrückzug demonstriert Oberbefehlshaber Putin rasches, entschlossenes und eigenständiges russisches Handeln. Ebenso hatte der Kreml in Syrien vor sechs Monaten militärisch eingegriffen.

Die Aufgaben der Streitkräfte im Kampf gegen den Terrorismus seien weitgehend erfüllt, erklärt Russlands Präsident schnörkellos und gewollt bescheiden. Dabei ist nicht nur die Lage in dem seit fünf Jahren andauernden blutigen und zerstörerischen Konflikt gründlich verändert. In einem Gewirr grundsätzlich widerstreitender und einander ausschließender Interessen von Mächten und Gruppierungen behauptet Russland die eigenen.

In einem noch auf lange Zeit umstrittenen strategischen Raum beweist der Kreml Präsenz und Schlagkraft – dem Rivalen USA, dem Westen insgesamt, der eigenen Bevölkerung und zum Wohle eines traditionellen Verbündeten. Politisch geschickt weiß sich Putin auch rechtzeitig von dem Konflikt wieder etwas zu entfernen. Von dem weiß niemand, wen er noch in seinen Strudel zieht und wie lange er dauert.

Doch der Kreml sendet ein Zeichen des Friedens, das sich nicht missachten lässt. Die erste Waffenruhe wurde unter Vermittlung Moskaus und Washingtons erreicht, der Abzug demonstriert auf den Beginn einer Runde der Genfer Friedensgespräche gelegt. Die Botschaft: eine politische Chance für Syrien.

UNTEN LINKS

Das Internet hat nun offenbar seinem Höhepunkt überschritten. Die Digitalisierung macht jetzt den nächsten großen Schritt, und das superinnovative deutsche Kapital ist ganz vorn mit dabei: Fast 80 Prozent der Firmen benutzen täglich die Wundertechnologie »Faxgerät«. Und das schon 2016! Die neuartigen Roboter sind in der Lage, ganze A4-Seiten wie von Zauberhand über so genannte Kabel an weit entfernte Orte zu übertragen. Etwa in ein Büro ganz viele Türen entfernt auf demselben Flur. Dort muss die neue Technik allerdings schon in Benutzung sein. Firmennerds kümmern sich in »Sekretariate« genannten Spezialräumen um die komplizierte Programmierung. Nun wird wohl eine Diskussion in den Feuilletons ausbrechen, wie viele Jobs durch Faxgeräte verdrängt werden. Oder ob sich deren Einsatz auf das Gehirnwachstum auswirkt. Junge Leute sind bisher mit der Technologie allerdings nicht so vertraut. Erst wenn Faxgeräte auch Katzenbilder senden können, wird sich das ändern. *tos*

Ein Nein muss reichen

Kabinetts berät über neues Sexualstrafrecht und die Verurteilung von Vergewaltigern



Foto: imago/JP3press

Berlin. Nach monatelanger Verzögerung wird an diesem Mittwoch im Bundeskabinetts über die geplante Reform des Sexualstrafrechts beraten. Der Entwurf aus dem Haus von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) soll es Opfern leichter machen, eine Vergewaltigung auch dann anzuzeigen, wenn dabei keine Gewalt angewendet wurde. Bislang sind die Anforderungen an Betroffene unrealistisch hoch.

Die rechtspolitische Sprecherin der Unionsfraktion im Bundestag, Elisabeth Winkelmeier-Becker, forderte am Dienstag, auch sexuelle Belästigung schärfer zu bestrafen: »Auch wenn es »nur« um Grapschen geht, ist das ein massi-

ver Übergriff, der durch nichts zu rechtfertigen ist.« Wenn derartige Übergriffe aus einer Menschenmenge erfolgten, solle eine Regelung wie bei einer Schlägerei greifen. Dann mache sich bereits derjenige strafbar, der daran teilnimmt, auch wenn sein konkreter Tatbeitrag nicht bewiesen werden konnte.

Die Angriffe auf Frauen in der Silvesternacht – vor allem in Köln – hatten eine öffentliche Debatte über den Schutz der sexuellen Selbstbestimmung von Frauen ausgelöst und Schwung in die verschleppte Strafbarkeitsverschärfung von Vergewaltigungen gebracht. Der Gesetzentwurf war bereits im Sommer 2015 an

die Ressorts der Bundesregierung gegangen. Er lag anschließend fünf Monate lang im Bundeskanzleramt auf Eis.

Der Entwurf des Justizministers wurde von Frauenorganisationen und Opferberatungen als Fortschritt begrüßt. Zugleich geht er ihnen nicht weit genug. Der Grundsatz »Nein heißt Nein« sei darin noch immer nicht umgesetzt, lautet die Kritik. »Es darf keine Berührungen gegen den erklärten Willen geben«, betont Dagmar Freudenberg vom Deutschen Juristinnenbund gegenüber »nd«. Einige Bundesländer fordern ebenfalls weiterreichende Änderungen. *Agenturen/nd* Seite 5

SPD und LINKE ziehen Konsequenzen

Rücktritte nach Wahlschlappen in Sachsen-Anhalt / Grün-Schwarz im Südwesten wird wahrscheinlicher

Die Landtagswahlergebnisse haben zu ungewohnten Konstellationen in den Parlamenten geführt. Die Koalitionsgespräche werden nicht leicht.

Von Aert van Riel

Nach den drei Landtagswahlen am Sonntag bemühen sich CDU, SPD, FDP und Grüne, Bündnisse ohne die rechte AfD zu bilden. In Baden-Württemberg scheint nur noch eine Konstellation möglich zu sein. Die FDP will keine Koalition mit Grünen und SPD bilden. Zudem lehnen die Sozialdemokraten ein Bündnis mit der CDU und den Liberalen ab. Somit gilt Grün-Schwarz unter Führung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) als wahrscheinlich. Beide Parteien kommen am Mittwoch zu einem Sondierungsgespräch zusammen. Zuvor soll es auch ein Gespräch der Grünen mit dem bisherigen Koalitionspartner SPD geben.

Kretschmann steht für eine konservative Politik und hat gute Kontakte zu christdemokratischen Politikern. In der CDU gibt es aber Bedenken, in der Rolle als Juniorpartner von den Wählern nicht mehr ausreichend wahrgenommen zu werden und einen ähnlichen Absturz zu erleben wie kürzlich die SPD.

Weil die LINKE in Sachsen-Anhalt nach großen Verlusten in der Opposition bleiben will, ist hier lediglich Schwarz-Rot-Grün möglich. Wulf Gallert kündigte an, nicht mehr für den Vorsitz der Linksfraktion kandidieren zu wollen. Er will stellvertretender Landtagspräsident werden. Der LINKE-Landesvorstand beschloss, den bisherigen finanzpolitischen Sprecher Swen Knöchel als Gallerts Nachfolger zu empfehlen.

Auch die Sozialdemokraten zogen Konsequenzen aus ihrem schwachen Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt. SPD-Chefin Karin Budde zog sich von der Füh-

rungsspitze zurück. In dem Landesverband wurden daraufhin Forderungen nach weiteren personellen Konsequenzen laut. Der Landrat des Jerichower Landes, Steffen Burchardt, bezeichnete es zudem als »nicht absehbar, ob eine Koalition zustande kommt«. Dagegen forderte die amtierende SPD-Landeschefin Katja Pähle: »Wir dürfen dieses Land nicht unregierbar machen.« Letztlich dürfte sich Pähle durchsetzen. Denn aus Neuwahlen würde wohl nur die AfD gestärkt hervorgehen. Am Mittwoch wird es erste schwarz-rot-grüne Sondierungsgespräche geben.

Gänzlich anders ist die Lage der SPD nach dem Wahlsieg in Rheinland-Pfalz. Regierungschefin Malu Dreyer will nun gemeinsam mit FDP und Grünen regieren. FDP-Landeschef Volker Wissing sagte im ZDF-Morgenmagazin, die Liberalen seien gesprächsbereit. »Aber damit sind wir noch lange nicht in Koalitionsverhandlung-

gen«, fügte er hinzu. Auch die Grünen machten den Weg für Sondierungsgespräche frei.

Keine negativen Auswirkungen hat das schlechteste Ergebnis der rheinland-pfälzischen CDU für Spitzenkandidatin Julia Klöckner. Sie ließ sich einstimmig als Fraktionschefin im Amt bestätigen. Zuvor hatte Klöckner angekündigt, auch an der Spitze des Landesverbandes zu bleiben. Seite 3

Lesen Sie heute im Ratgeber

Was bei Mietverträgen zu beachten ist

Wie man beim Fiskus mehr erreichen kann

Warum der Flugpreis sofort zu bezahlen ist

Russische Jets aus Syrien zurück

Hoffnung auf Genfer Verhandlungen

Woronesch. Nach Beginn eines Teilabzuges aus Syrien sind die ersten Kampfflugzeuge im Süden Russlands eingetroffen. Kurz vor der Landung auf einer Militärbasis bei der Stadt Woronesch hätten die Piloten in geringer Höhe eine Paradeformation gebildet, teilte das Verteidigungsministerium am Dienstag mit. Die ersten Kampfjets hatten ihren Stützpunkt in Syrien am Dienstagmorgen verlassen, nachdem Russlands Präsident Wladimir Putin am Montagabend überraschend einen Teiltrückzug angeordnet hatte. Der UN-Sondergesandte Staffan de Mistura sprach von einer »bedeutenden Entwicklung«, die die Friedensverhandlungen für Syrien voranbringen könnte. UN-Ermittler äußerten vorsichtige Hoffnung auf ein Ende der Gewalt in dem Bürgerkriegsland.

Während der UN-Sicherheitsrat den Teiltrückzug begrüßte, reagierte die syrische Opposition abwartend. Auch die US-Regierung äußerte sich zurückhaltend. »Man muss sehen, was genau die Absichten Russlands sind«, sagte Präsidensprecher Josh Earnest. *Agenturen/nd* Seite 7

VW-Aktionäre fordern Milliarden

Großinvestoren reichen Klage ein

Braunschweig. In der Abgas-Affäre wird es für den Volkswagen-Konzern nun auch im Streit mit Großinvestoren ernst: Eine Gruppe von 278 institutionellen Anlegern reichte am Braunschweiger Landgericht eine Klage auf 3,255 Milliarden Euro Schadenersatz ein, wie eine Sprecherin des Gerichts am Dienstag bestätigte. Knapp ein halbes Jahr nach Bekanntwerden des Skandals um manipulierte Stickoxidmesswerte wird damit auch der Konflikt um die rechtzeitige Mitteilung der Probleme im September 2015 zu einer juristischen Großbaustelle für den Autobauer in Deutschland. In den USA, wo das Diesel-Debakel begonnen hatte, drohen bereits Sammelklagen.

Bei den Vorwürfen geht es darum, ob VW seiner Auskunftspflicht gegenüber Aktionären rechtzeitig nachgekommen ist. Das Unternehmen bekräftigte mehrfach seine Auffassung, alle Pflichten befolgt zu haben.

Zu den Klägern im Braunschweiger Fall gehören der größte US-Pensionsfonds Calpers und die Fondstochter Deka der Sparkassengruppe. *dpa/nd* Kommentar Seite 4

Tote bei Angriffen gegen PKK

Türkei: Terrorismusbegriff ausweiten

Istanbul. Nach dem Autobombenanschlag in Ankara mit 37 Todesopfern hat die türkische Luftwaffe erneut Stellungen der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK in Nordirak bombardiert. Nach ersten Erkenntnissen wurden dabei am Dienstag 45 PKK-Kämpfer getötet, wie die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu meldete. Zudem seien in den Regionen Kandil und Gara Waffen und Munitionsdrops zerstört worden. Die Agentur DHA meldete, bei Zusammenstößen in der südosttürkischen Kurdenmetropole Diyarbakir seien drei PKK-Kämpfer und ein Soldat getötet worden. Die Polizei setzte ihre landesweiten Razzien fort. Dutzende Menschen wurden festgenommen, darunter mehrere Kinder. Die Regierung vermutet die PKK hinter dem Selbstmordattentat vom Sonntag. Präsident Erdogan hat auch Justizreformen und eine breitere Definition von Terrorismus im türkischen Strafrecht gefordert. Um Terrorist zu sein, müsse man keine Bombe zünden, sagte er. Auch Abgeordnete, Journalisten oder Akademiker könnten Terroristen sein – wenn sie Terror unterstützen. *dpa/nd*

